

**Egon Dobat**

---

**Von:** Karsten Schulze [kschulze@harureisen.de]  
**Gesendet:** Montag, 10. Januar 2011 16:52  
**An:** ATS Berlin  
**Cc:** Jan.Eder@Berlin.Ihk.de  
**Betreff:** AW: Vollversammlung 14.1.11

Sehr geehrter Herr Dobat,

Sie haben mir am 8.01.2011 eine Email mit Ihren Ausführungen und Stellungnahmen zur kommenden Vollversammlungssitzung zugesandt. Bevor ich mir die Mühe mache, Ihre Punkte im Einzelnen zu kommentieren, möchte ich grundsätzlich festhalten, dass ich Ihr Vorgehen gegenüber den Mitgliedern der Vollversammlung respektlos und belästigend empfinde. Herr Dr. Schweitzer und Herr Eder verhalten sich vollkommen korrekt, wenn sie Ihre Emails entsprechend der Beschlusslage der VV nicht weiterleiten. Hierzu hat es nun mehrfach entsprechende Mehrheitsbeschlüsse in der VV gegeben und ich erwarte von Ihnen, dass Sie diese Beschlüsse endlich akzeptieren und respektieren. Es gehört nun einmal zu einer Demokratie, dass man sich als Mitglied eines Gremiums den satzungsgemäß erfolgten Mehrheitsmeinungen unterordnen muss, auch wenn es im Einzelfall nicht der eigenen persönlichen Meinung entspricht. Es ist kein guter Stil und zeigt Ihr Verständnis von Demokratie, wenn Sie sich diesen Selbstverständlichkeiten permanent widersetzen. Sollten Sie nicht bereit oder/und in der Lage sein, diese einfachen Regeln zu respektieren, lege ich Ihnen nahe, Ihren Sitz in der Vollversammlung aufzugeben.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich Ihnen als Mitglied der IHK Berlin und nicht im Namen eines Gremiums der IHK antworte.

Zu Ihren Ausführungen im Einzelnen möchte ich anmerken, dass Sie auf der einen Seite der IHK Berlin das Recht absprechen wollen für die Berliner Wirtschaft zu agieren, auf der anderen Seite sich selbst aber das Recht herausnehmen "für viele IHK Mitglieder" zu sprechen. Hierbei fällt auf, dass Sie in den vergangenen Vollversammlungssitzungen mehrfach einstimmige oder fast einstimmige Beschlüssen gegen Ihre Vorschläge hinnehmen mussten. Aus dieser Erfahrung ziehe ich den Schluss, dass Sie lediglich für sich selbst und keinesfalls für eine Vielzahl von Mitgliedern sprechen. Bitte stellen Sie dies in Zukunft richtig und weisen Sie andernfalls entsprechende Vertretungsvollmachten nach.

Im Übrigen teile ich Ihre Auffassung nicht, dass die Vollversammlung in die Erarbeitung des Arbeitsprogramms nicht eingebunden war. Die Entwicklung des Arbeitsprogramms durch das Hauptamt ist ein ständiger Prozess, der auch immer wieder in der Vollversammlung und den Ausschüssen gespiegelt wird. Anregungen und Wünsche werden berücksichtigt, wenn Sie eine Mehrheitsmeinung der VV darstellen. Dies ist geübte Praxis in der IHK Berlin. Ansonsten hat sich das Arbeitsprogramm nach meiner Auffassung hat den politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Stadt zu orientieren. Die Erarbeitung eines Arbeitsprogramms, welches ja auch nur einen Leitfaden der zukünftigen Arbeit darstellt und uns, d.h. die Gremien der IHK nicht davon abhält jederzeit auf aktuelle Ereignisse in der Wirtschaft und bei den politischen Rahmenbedingungen zu reagieren, gehört meiner Erachtens zu den Hauptaufgaben des Hauptamtes. Ein Verfahren, welches die Entwicklung des Arbeitsprogramms von den Anregungen der VV-Mitglieder abhängig macht, würde bei realistischer Betrachtung wahrscheinlich relativ kurz ausfallen, da wir als ehrenamtliche Mitglieder der Vollversammlung in der Regel noch eigene Unternehmungen zu führen haben und daher für derartige Aufgaben nicht über ausreichende Kapazitäten

verfügen.

1. Die sogenannten Wahlprüfsteine sind ein sehr wichtiges Instrument um die unterschiedlichen Parteien und deren Vertreter anhand konkreter Aussagen für die Unternehmerinnen und Unternehmer Berlins bezüglich ihrer wirtschaftspolitischen Ziele messbar zu machen. Nur wenn es uns gelingt die politischen Vertreter zu konkreten Aussagen zu zwingen, können wir die wahren Ziele erkennbar machen und jeder für sich kann diese Aussagen dann entsprechend werten. Die bedauerlicherweise traditionell geringe Wahlbeteiligung bei den VV-Wahlen ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass wir von der Berliner Wirtschaft entsprechend legitimiert wurden und diese der Satzung entsprechend vertreten. Wir stellen nach meiner Rechtsauffassung genau das Gremium dar, von dem das BVerwG in seinem Urteil sprach. Das Hauptamt unterbreitet der Vollversammlung seine Vorschläge und nach meiner Erfahrung werden auch hier Wünsche und Anregungen gerne entgegengenommen, wenn sie denn der Mehrheitsmeinung der Vollversammlung entsprechen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es kein anderes Gremium in unserer Stadt gibt, welches derart viele Branchen und Unternehmer vertritt, wie es in der Vollversammlung der IHK Berlin der Fall ist. Welches Gremium, wenn nicht diese Vollversammlung vertritt die absolute Mehrheit der Berliner Wirtschaftsunternehmen und kann daraus natürlich auch die Legitimation herleiten entsprechende Wahlprüfsteine zu entwickeln ?

2. Zu PPP kann man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein. Richtig gemacht stellen diese Projekte aber auch eine Chance gerade auch für mittelständische Unternehmen dar, sich an großen öffentlichen Aufgaben zu beteiligen. Diese Projekte beschränken sich keinesfalls nur auf Autobahnbau und Brücken, vielmehr gibt es unzählige Beispiele von kleinen PPP-Projekten in Deutschland über die nur nicht so viel geschrieben wird. PPP ist kein politisches Thema, sondern stellt vielmehr ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument dar und sollte daher gerade im Hinblick auf die Beteiligung von KMU ausgebaut werden. Ich freue mich, dass die IHK Berlin dieses Thema offensiv vertritt.

3. Gerade das Thema Rekommunalisierung ist ein ganz wichtiges Beispiel für die Notwendigkeit von Kammern und Verbänden. Hierbei geht es darum, inwieweit dem Berliner Mittelstand Märkte entzogen werden, die dann von politisch geführten Kommunalbetrieben zu in der Regel deutlich überhöhten und von uns zu bezahlenden Kosten besetzt werden. Hier muss die IHK Berlin gemeinsam mit möglichst vielen Verbänden deutlich dagegen vorgehen, da eine derartige Entwicklung für die Unternehmen dieser Stadt katastrophale Folgen hätte.

4. Die Luftverkehrsabgabe entstammt einem Bundesgesetz und fällt daher nicht in den Zuständigkeitsbereich der IHK Berlin. Hierfür ist bekanntlich der DIHK zuständig, der sich nach Kräften dagegen gewehrt hat. Selbstverständlich gibt es aus den Gremien der IHK Berlin entsprechende Beschlüsse, welche dem DIHK zugetragen werden. Im Arbeitsprogramm der IHK Berlin hat dieses Thema aber nicht verloren.

5. Das Thema Mitgliederkommunikation ist sehr wichtig, allerdings haben die Mitglieder der IHK hier meines Erachtens auch eine entsprechende Holschuld, d.h. die Kammer stellt die Informationen über die gängigen, vorhandenen Kanäle zur Verfügung und die Mitglieder rufen dies ab. Dies ist bezüglich der von Ihnen erwähnten Punkte meines Erachtens ausreichend geschehen. Eine entsprechende individuelle Benachrichtigung halte ich für unangemessen aufwendig und nicht erforderlich. Über die Arbeit der Ausschüsse und Gremien wird aus meiner Sicht regelmäßig in der Berliner Wirtschaft berichtet. Ich wüsste nicht, was hier verändert werden sollte. Aus meiner eigenen Erfahrung mit der Kolumne des Kompetenzteam Mittelstand kann ich Ihnen berichten, dass es sehr zeitaufwendig ist in jeder Ausgabe der BW zu berichten. Wir versuchen diese Kolumne immer wieder von

einem anderen Mitglied unseres Teams erstellen zu lassen. Dies ist nicht immer ganz einfach und erfordert große Disziplin bei den einzelnen Mitgliedern. Insofern glaube ich nicht dass diese Vorgehensweise auf andere Ausschüsse übertragbar ist.

Es steht jedem Mitglied frei, sich für ein oder mehrere Ausschüsse zu interessieren und an deren Arbeit mitzuwirken. Dies wird von sehr vielen Mitgliedsbetrieben auch wahrgenommen, so dass ich hier kein Defizit erkennen kann.

Wenn Sie die Mitgliedsbescheinigung nicht benötigen, müssen Sie diese ja nicht abfordern. Andere Mitglieder müssen diesen Nachweis gegebenenfalls führen, z.B. wenn Sie im Ausland tätig sind oder es werden wollen, im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis eingetragen werden wollen und teilweise auch wenn sie an öffentlichen Ausschreibungsverfahren teilnehmen möchten. Sie können also erkennen, dass dieses Verfahren eher zum Abbau von unnötiger Bürokratie beiträgt, da es uns Mitgliedern erlaubt eine derartige Bescheinigung im Onlineverfahren abzurufen, ohne langwierige Antragsprozeduren über uns ergehen lassen zu müssen.

Der Zugang zum Intranet der IHK unterliegt nach meiner Rechtsauffassung dem Datenschutzrecht. Daher ist eine entsprechende Prozedur leider erforderlich, da man auch Zugriff auf seine eigenen Mitgliedsdaten hat. Dies mag aus Ihrer Sicht kein Mehrwert sein, entspricht aber der geltenden Gesetzeslage. Für diesbezügliche Lockerungen beim Datenschutz sehe ich keine Mehrheiten, insofern sollten wir diese unnötige Diskussion nicht führen. Ihre Haltung ist für mich umso unverständlicher, als dass Sie es waren, der die Vollversammlungsprotokolle, für alle Mitglieder zugänglich, im Internet haben wollte. Da die IHK diese nur den Mitgliedern zugänglich machen darf, muss eine entsprechende Zugangsprüfung eingerichtet sein, da die Kammer andernfalls rechtswidrig handeln würde.

6. Zu Ihren Ausführungen zum DIHK möchte ich anmerken, dass wir in den Sitzungen der VV immer wieder über die Arbeit unserer Mitglieder in den DIHK-Ausschüssen berichtet haben. Zumindest über meine Arbeit im Mittelstandsausschuß habe ich mehrfach in Wortbeiträgen berichtet. Auch über die Arbeit des Tourismusausschuß ist nach meiner Erinnerung gesprochen worden. Allerdings sei auch hier der Hinweis gestattet, dass der DIHK bundespolitische Themen bearbeitet, die IHK Berlin sich aber weitestgehend auf die Landespolitik konzentriert. Warum sollte sich die VV mit diesen Themen beschäftigen? In den einzelnen Ausschüssen wird durch das Hauptamt regelmäßig über die Arbeit beim DIHK berichtet und die Meinung unserer Ausschüsse fließt über die teilnehmenden Unternehmensvertreter und über das Hauptamt entsprechend in die Arbeit des DIHK ein. Zu der finanziellen Situation des DIHK wird seit Jahren regelmäßig berichtet. Sicherlich gibt es auch hier noch Einsparungspotentiale, die größten Belastungen erwachsen jedoch aus Altlasten, die in dieser Form zukünftig nicht mehr anfallen werden. Dies ist zwar bedauerlich aber ohne Alternative.

Ich halte als Mitglied des Präsidiums der IHK Berlin eine Diskussion über entstehende Kosten für durchaus legitim. Persönlich kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie mit Ihren ständigen Einwüfen und, trotz eindeutiger Beschlusslage, wiederholten Anträgen die Arbeit der IHK Berlin bewusst unnötig erschweren. Die Penetranz Ihres Vorgehens und die Art und Weise mit der Sie die vorliegenden Beschlüsse der Vollversammlung ignorieren erzeugt einen enormen Aufwand im Hauptamt und damit verbundene Kosten. Es sei die Frage gestattet inwieweit ein derartig vorsätzliches Verhalten zum Schaden der IHK Berlin nicht auch Ansprüche der IHK legitimiert. Wie Sie richtig bemerkten, muss das Hauptamt sich gegenüber

der Vollversammlung verantworten. Wenn es Anzeichen dafür gibt das Kosten unnötig entstehen, sie sogar bewusst erzeugt werden um der Kammer Schaden zuzufügen und anders kann ich Ihr Verhalten nicht mehr begründen, dann sollten wir diese Kosten verursachergerecht umlegen.

Ihren teilweisen wirren Gedanken zu einer zukünftigen IHK kann ich nur zum Teil folgen. Allerdings stelle ich zum wiederholten Mal fest, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, was die IHK Berlin leistet und wessen Interessen sie vertritt. Als Vorsitzender des Kompetenzteam Mittelstand, einer Einrichtung, die es in keiner IHK in ganz Deutschland in dieser Ausprägung gibt, kann ich Ihnen berichten, dass wir in unzähligen Veröffentlichung, Stellungnahmen und Gesprächen genau auf den von Ihnen zitierten Mittelstand und die Struktur der Berliner Wirtschaft aufmerksam machen. Wir, die Mitglieder der IHK Berlin waren es, die maßgeblich zur Gründung des Netzwerk Mittelstand innerhalb der deutschen IHK-Landschaft beigetragen haben. Gerade die Vertretung der Interessen der KMU steht zentral im Mittelpunkt der Arbeit der IHK Berlin und wird von Haupt- und Ehrenamt getragen. Es ist schlicht unwahr, wenn Sie das Gegenteil behaupten. Sie stellen mit dieser Aussage die jahrzehntelange Arbeit der ehrenamtlichen Ausschussmitglieder in Frage. Dagegen verwehre ich mich in aller Form. Bevor Sie uns mit Ihren Ausführungen belästigen, sollten Sie sich wenigstens über die tatsächliche Arbeitsleistung ausreichend informieren. Dies scheint aber gar nicht in Ihrem Interesse zu liegen, da Sie auf diesen Umstand bereits mehrfach hingewiesen wurden. Auch die sparsame Mittelverwendung wird nicht nur alljährlich durch die Prüforganisation bestätigt, sie ist auch im Benchmark zu den anderen bundesdeutschen Kammern eindrucksvoll abzulesen. Etwas anderes zu behaupten ist schlicht unlauter.

Sehr geehrter Herr Dobat, ich fordere Sie auf Ihre destruktive Arbeit gegen die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Vollversammlung der IHK Berlin endlich einzustellen. Bitte entfernen Sie meine Daten aus Ihrem Verteiler. Ich bin es leid, ständig mit Ihren unwahren Behauptungen konfrontiert zu werden. Sie selbst waren Mitglied der VV-Kommission in welcher wir uns einen Rahmen für unsere weitere Zusammenarbeit gegeben haben. Sie sind es aber, der diese Regeln ständig missachtet, weil Ihnen das Mehrheitsvotum der Vollversammlung nicht passt. Ein derartiges Verhalten kann ich nicht billigen.

Arbeiten Sie konstruktiv bei der Entwicklung unserer IHK mit, unterlassen Sie die ständigen Angriffe auf Präsidium und Vollversammlung und stellen Sie insbesondere deren Legitimation nicht ständig in Frage. Wir sollten unsere Kräfte darauf konzentrieren, dass wir uns den mannigfachen Herausforderungen der Zukunft stellen und uns und unsere Mitglieder entsprechend vorbereiten. Dies ist Aufgabe der IHK. Die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder. Welche das sind, wird in den Gremien demokratisch festgelegt. Dies sollte, nein dies muss auch für Sie bindend sein.

Ich habe diese Mail in Kopie auch an die Hauptgeschäftsführung gesendet und bitte ausdrücklich darum diese ebenfalls als Tischvorlage allen Vollversammlungsmitgliedern zugänglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Karsten Schulze

**HARU Reisen OHG Hans Rudek**

Gesellschafter/Owner:

2.2.2011

Hans – Joerg Schulze • Karsten Schulze

Hans – Joachim Rudek • Patricia Rudek

Gerichtsstand/legal domicil: Berlin-Charlottenburg

HRA 4037

**BBS Berliner Baeren Stadtrundfahrt GmbH**  
**Berliner Baeren Service**

Geschaeftsfuehrer/General Manager:

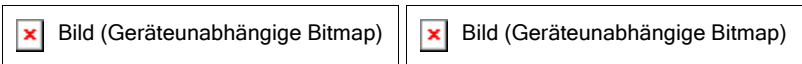
Hans – Joerg Schulze • Hans – Joachim Rudek

Gerichtsstand/legal domicil: Berlin-Charlottenburg

92 HRB 12356

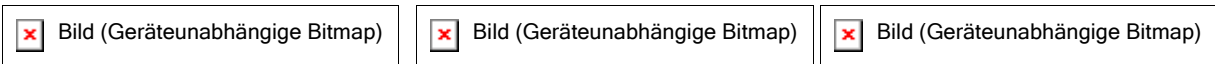
Seeburger Straße 19 b  
D - 13581 Berlin  
Tel.: +49 30 351 952 30  
Fax: +49 30 351 952 8830  
<mailto:kschulze@harureisen.de>

<http://www.sightseeing.de>  
<http://www.bbsberlin.de>  
<http://www.harureisen.de>



Need help in other destinations?

Doing Business Among Friends?  
Please contact your colleagues at



Diese E-Mail koennte vertrauliche und/oder rechtlich geschuetzte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtuemlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet.

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.



**Besser vor dem Ausdruck an die Umwelt denken.**

**Please consider the environment before printing this email**